

Iraks Minderheiten fühlen sich verlassen

VERFOLGUNG Der irakische Christ William Warda befürchtet, dass die Zivilisten in Mosul vom IS als menschliche Schutzschilde missbraucht werden. Für die religiösen Minderheiten im Irak fordert der Menschenrechtsaktivist Sicherheitsgarantien.

Herr Warda, die Militäroperation zur Befreiung der IS-Hochburg Mosul ist im Gang. Fürchten Sie um die eingeschlossenen Zivilisten?

William Warda: Ja. Die Gefahr ist gross, dass die Zivilisten vom IS als menschliche Schutzschilde missbraucht werden. Es ist deshalb nicht möglich, den IS richtig unter Artilleriebeschuss zu nehmen. Der Kampf gegen den IS in Mosul wird einige Zeit dauern, nicht zuletzt wegen der Bedrohung durch Scharfschützen und Selbstmordattentäter. Die Rückeroberung des Umlands nördlich von Mosul war im Vergleich dazu problemlos. Weil die lokale Bevölkerung geflohen war, konnte der Feind einfach identifiziert werden.

Im Jahr 2003 kommandierten Sie die assyrischen Einheiten, die unter dem Kommando von US-General David Petraeus nach Mosul vorstießen. Wie haben Sie das erlebt?

Ich hatte damals das Kommando über 1200 christliche Kämpfer. In jedem befreiten christlichen Dorf liessen wir zur Bewachung ein paar Männer zurück. Beim Einmarsch in Mosul hatte ich schliesslich nur noch 100 Kämpfer dabei. Die Bevölkerung war

«Bisher sind nur fünf Prozent der geflohenen Jesiden in die Region Sinjar zurückgekehrt.»

William Warda

sehr glücklich über unseren Einmarsch und hat uns mit Süssigkeiten willkommen geheissen. Anschliessend ging es darum, Plünderungen und Racheakte zu verhindern sowie rasch einen Stadtrat einzusetzen.

Was wird die grösste Herausforderung nach der bevorstehenden Befreiung der Millionenmetropole Mosul sein?

Es besteht die Gefahr, dass es zu Machtkämpfen zwischen den diversen Milizen kommt. Neben jener des früheren Gouverneurs von Mosul sind auch mehrere schiitische und kurdische Milizen an der Befreiung beteiligt. Dazu kommen noch die Einheiten der Minderheiten: Christen,

Jesiden, Shabak. Hinter allen Milizen stehen Parteien oder Gruppen, die eigene Ziele verfolgen. Viele Christen und Jesiden sind vor dem IS geflohen. Werden diese zurückkehren?

Bisher sind nur fünf Prozent der geflohenen Jesiden in die Region Sinjar zurückgekehrt, obwohl der



William Warda

IS schon vor einem Jahr von dort vertrieben wurde. Viele befürchten, dass es zu Kämpfen zwischen rivalisierenden Milizen kommen könnte. Das Problem ist, dass es

keine Rechtsstaatlichkeit gibt. Solange diese nicht durchgesetzt wird, werden die Vertriebenen kaum in grosser Zahl zurückkehren. Die internationale Gemeinschaft sollte die Sicherheit der Rückkehrer garantieren und dafür sorgen, dass alle, die Häuser von Jesiden und Christen geplündert und zerstört haben, vor Gericht gestellt und die Opfer entschädigt werden.

Wie sieht die Zukunft für die religiösen Minderheiten aus?

Ihre Situation ist katastrophal. Zur menschlichen und materiellen Not kommt das Gefühl, dass es für sie keinen Platz gibt im Irak. Wenn es um die Zukunft des Landes geht, ist immer nur von Schiiten, Sunniten und Kurden die Rede, aber nie von den religiösen Minderheiten. Diese fühlen sich von der Staatengemeinschaft verlassen und erhalten auch kaum Unterstützung.

Gibt es keine Hoffnung?

Wenn sich die Lage nicht verbes-

sert, werden die Minderheiten verschwinden. Vor einigen Tagen hat das Parlament für die Schliessung der Alkoholläden gestimmt. Das ist nur das jüngste Beispiel für die Ausbreitung des religiösen Fanatismus im Irak, der die Vielfalt und den Pluralismus bedroht. Sind die Minderheiten erst einmal verschwunden, ist die Zukunft des Irak in Gefahr.

Was wäre politisch die beste politische Lösung für die Christen und Jesiden?

Ihnen sollte lokal Autonomie gewährt sowie ein Vetorecht eingeräumt werden gegen Entscheide, die ihre Identität bedrohen. Die Regierung in Bagdad verteilt zum Beispiel in christlichen Gebieten Land an Muslime, um so die demografischen Verhältnisse zu verändern. Das muss aufhören. Nach der Rückkehr der Vertriebenen könnte in ein paar Jahren ein Referendum über die Schaffung einer eigenen Provinz für Christen und Jesiden folgen.

Was kann der Westen für die Minderheiten tun?

Gut wäre zum Beispiel die Schaffung eines internationalen Entwicklungsfonds, damit der Wiederaufbau in den vom IS verwüsteten Gebieten unterstützt werden könnte. So könnte auch die Ausbildung von Polizei und Verwaltung finanziert werden.

Interview: Philipp Hufschmid



Auf diesem Friedhof hat der IS die Grabsteine zerstört: Eine Frau betet am Grab eines Familienmitglieds in einem Dorf südlich von Mosul.

Keystone

RELIGIONSGRUPPEN IM IRAK

Im Irak leben schätzungsweise 38 Millionen Menschen. Über 95 Prozent von ihnen sind heute Muslime. Davon sind gut 60 Prozent Schiiten, der Rest Sunniten. Dagegen ist die Anzahl Anhänger anderer Religionen in den letzten Jahrzehnten massiv zurückgegangen – von 25 Prozent auf weniger als 5 Prozent.

- **Christen:** Vor der US-Invasion zum Sturz von Saddam Hussein 2003 lebten etwa 1,5 Millionen Christen im Irak. Laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) sind heute noch maximal 300 000 Christen im Land. Am bedeutendsten ist die Chaldäisch-katholische Kirche.

- **Jesiden:** Im Jahr 2014 gerieten die Jesiden in die Schlagzeilen, als IS-Terroristen einen Vernich-

tungskrieg gegen sie führten. Laut der HRW sind bis zu 400 000 Jesiden aus ihren Dörfern vertrieben worden. Ihr Glaube enthält Elemente des Christentums, des Islam und des Zoroastrismus. Das wichtigste Heiligtum der Jesiden befindet sich in Lalisch nördlich von Mosul.

- **Juden:** Israel richtete im Jahr 1951 eine Luftbrücke ein, weil die etwa 130 000 Juden zunehmend der Verfolgung ausgesetzt waren. Heute leben praktisch keine Juden mehr im Irak.

- **Shabak:** Wie die Jesiden gerieten 2014 auch die Shabak ins Visier des IS. Etwa 200 000 von ihnen sind auf der Flucht. 80 Prozent der Shabak praktizieren einen schiitischen Islam, der jenem der türkischen Aleviten ähn-

elt. Ihr Siedlungsgebiet ist in und um Mosul.

- **Zoroastrier:** Im kurdischen Teil des Irak gibt es seit einigen Jahren eine wachsende Zahl von Zoroastriern, die sich derzeit um eine Anerkennung als Religionsgemeinschaft bemühen. Der Zoroastrismus geht auf den Propheten Zarathustra zurück, der im Jahr 1200 vor Christus im Nordostiran gelebt haben soll.

- **Weitere Religionsgruppen** sind wie Juden und Christen im Koran als Angehörige einer Buchreligion anerkannt und geniessen – im Gegensatz zu Jesiden, Ahl-e Haqq oder Shabak – grundsätzlich Schutz vor Verfolgung durch Muslime. phh

JESIDINNEN MIT SACHAROW-PREIS AUSGEZEICHNET



Nadia Murad (links) und Lamija Aji Bashar sind vom EU-Parlament mit dem **Sacharow-Preis** ausgezeichnet worden. Die beiden Jesidinnen waren im Irak in **Gefangenschaft des IS**, wurden missbraucht und vergewaltigt und konnten schliesslich fliehen. Heute wohnen die beiden 23-Jährigen in Baden-Württemberg. Vor rund zwei Jahren lebten sie noch **in einem Dorf im Nordirak**. 2014 wurde der Ort

vom IS überfallen. Die extremistischen Sunniten hassen die Jesiden, sie **beschimpfen sie als «Teufelsanbeter»**. Die Männer wurden getötet, die Frauen verkslavt. Murad gelang es, nach drei Monaten dem IS zu entfliehen, Aji Bashar entkam im vergangenen Frühjahr. Noch immer befinden sich **Hunderte Jesidinnen in der Gewalt des IS**.

«Die beiden Frauen sind die Stimme der zahllosen Opfer des Menschenhandels, eine Stimme, die ein Ende solcher Gräueltaten fordert», sagte **EU-Parlamentspräsident Martin Schulz**.

Mit dem Sacharow-Preis werden seit 1988 Menschen oder Organisationen geehrt, die sich für Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen. sda

Opposition stellt Maduro ein Ultimatum

VENEZUELA Bei Demonstrationen in Venezuela wurden **Dutzende Menschen verletzt**. Die Opposition fordert, das **Abwahlreferendum gegen Präsident Maduro wieder aufzunehmen**. Sie stellt dem **Staatschef ein Ultimatum**.

In Venezuela spitzt sich der Machtkampf zwischen bürgerlicher Opposition und sozialistischer Regierung weiter zu. Die Opposition wirft Staatschef Nicolás Maduro Verfassungsbruch und die Verschärfung der Wirtschaftskrise vor. Maduro beschuldigt dagegen die Opposition, einen Wirtschaftskrieg anzuzetteln zu haben. Seit Monaten leiden die Venezolaner an Versorgungsengpässen.

Hunderttausende Regierungsgegner demonstrierten am Mitt-

woch im ganzen Land für eine Absetzung von Maduro. Dabei kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen. Im Bundesstaat Miranda wurde nach Regierungsangaben ein Polizist getötet. Die Nichtregierungsorganisation Foro Penal sprach von mindestens 20 Verletzten und 140 Festnahmen. Oppositionsführer Henrique Capriles zählte 120 Verletzte.

«Sturm auf Venezuela»

Die Opposition hatte zu dem sogenannten Sturm auf Venezuela aufgerufen und fordert, das Abwahlreferendum gegen Präsident Maduro wieder aufzunehmen. Ursprünglich wollte das bürgerliche Parteienbündnis MUD am Mittwoch die Unterschriften von 20 Prozent der Wahlberechtigten für das Referendum sammeln. Doch der Nationale Wahlrat hat-



Unter Druck: Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro.

Keystone

te das Verfahren in der vergangenen Woche gestoppt.

«Sie haben uns das Recht zum Wählen geraubt», betonte Capriles. Unter jubelnden Anhängern rief der ehemalige Präsidentenwahlkandidat für den 3. November zu einem Marsch auf den Regierungspalast Miraflores auf, sollte die Regierung nicht einlenken. Dort soll Staatschef Maduro ein Abdankungsbrief überreicht werden. Gleichzeitig kündigte das Oppositionsbündnis MUD einen Generalstreik für heute Freitag an.

«Putsch des Parlaments»

Die Regierung will den geplanten Streik jedoch nicht einfach hinnehmen. «Wir werden den Tumult nicht zulassen», betonte Diosdado Cabello, Vorsitzender der Vereinten Sozialistischen

Partei, gemäss einem Bericht des Fernsehsenders Telesur. Arbeiter und Militär würden die bestreikten Betriebe besetzen. Das Vorgehen sei mit Präsident Maduro abgestimmt.

Der Staatschef sprach von einem «Putsch des Parlaments» und hat am Mittwoch den Nationalen Sicherheitsrat einberufen. Dieser soll nun dauerhaft tagen, wie lokale Medien berichteten.

Dialog infrage gestellt

Die Fronten sind verhärtet. Ob der vom Vatikan angestossene Dialog der politischen Lager zustande kommt, scheint daher mehr als fraglich. Am Sonntag sollen auf der zu Venezuela gehörenden karibischen Ferieninsel Margarita erste Gespräche stattfinden. Doch die Opposition ist gespalten. Regine Reibling, Quito

Ceta-Deal vertagt

BRÜSSEL Im Streit um das europäisch-kanadische Handelsabkommen Ceta hat die belgische Zentralregierung sich mit den Regionen des Landes geeinigt. Das sagte der belgische Regierungschef Charles Michel in Brüssel. Wallonien, die Hauptstadtregion Brüssel und die französischsprachige Gemeinschaft hatten sich bislang gegen Ceta gestellt. Trotz der Einigung hat Kanada das für gestern geplante Spitzentreffen mit der EU verschoben. Es sei noch Arbeit zu leisten, sagte ein Sprecher der kanadischen Handelsministerin Chrystia Freeland. Kommende Nacht könnte das notwendige EU-interne Abstimmungsverfahren abgeschlossen sein, danach könnte das Abkommen theoretisch unterzeichnet werden. sda